Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 1008

Interpellation

der Abgeordneten Dr. Baade, Kriedemann, Brünen, Happe, Höhne, Mertins, Dr. Schmidt (Niedersachen), Frau Keilhack, Frau Strobel und Fraktion der SPD

betr.: Fortfall von Ausgleichszahlungen und Einführung einer Fettsteuer.

Der Herr Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat kürzlich im Ernährungsausschuß mitgeteilt, daß vom 1. Juli 1950 ab keinerlei Beträge zum Ausgleich höherer Einfuhrpreise mehr zur Verfügung gestellt werden würden. Diese Mitteilung ist auch durch die Presse gegangen und hat sehr erhebliche Beunruhigung in allen Verbraucherschichten hervorgerufen, weil der Fortfall dieser Ausgleichszahlungen zu einer sehr erheblichen Steigerung der Preise für Brot und Nährmittel führen muß.

I. Die Bundesregierung hat leider bisher nichts zur Klärung der Situation unternommen, vielmehr ist in den beiden letzten Sitzungen des Ernährungsausschusses nur mitgeteilt worden, daß über den zukünftigen Brotpreis noch nichts gesagt werden könne. Angesichts der Tatsache, daß uns nur noch wenige Wochen vom 1. Juli trennen, fragen wir die Bundesregierung:

1. ob sie auch in Zukunft Mittel zur Aufrechterhaltung des heutigen Brotpreises in den Haushaltsplan einsetzen will,
2. wenn ja, in welcher Höhe,
3. wenn nein, welche anderen Maßnahmen die Bundesregierung erwägt, um die katastrophalen Folgen der vom Herrn Bundesfinanzminister beabsichtigten Brotpreispolitik von den Massen der kaufkraftschwachen Bevölkerung abzuwenden.

II. Durch den angekündigten Fortfall von Ausgleichszahlungen wird auch eine Preissteigerung für wichtige landwirtschaftliche Produktionsmittel (Futtermittel und Kunstdünger) heraufbeschworen.

Druck: Buchdruckerei R. Madel, Bonn, Argelanderstraße 81
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Straße 30
und Wiesbaden, Nietzschestraße 1

Wir fragen die Bundesregierung:

1. ob tatsächlich auch diese Ausgleichszahlungen ab 1. Juli 1950 eingestellt werden sollen,

2. oder in welchem Umfang auch nach dem 1. Juli 1950 dafür Beträge vorgesehen sind,

3. oder auf welche andere Weise die durch eine Verteuerung dieser Produktionsmittel veränderte Kostenlage der Landwirtschaft ausgeglichen werden soll.

III. Aus Beratungen, die im Rahmen des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit Vertretern der beteiligten Wirtschaftskreise über einen Gesetzentwurf zur Marktordnung in der Milch- und Fettwirtschaft stattgefunden haben, ist bekannt geworden, daß die Einführung einer Fettsteuer geplant ist, die sich in einer Erhöhung der Margarinepreise auswirken würde.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. ob diese Absicht tatsächlich besteht,

2. welche Preiserhöhung für Margarine beabsichtigt ist,

3. wie diese Preiserhöhung - falls sie beabsichtigt ist - für die kaufkraftschwachen Schichten ausgeglichen werden soll, damit deren Fettverbrauch nicht beeinträchtigt wird.

Bonn, den 31. Mai 1950

Ollenhauer und Fraktion